

An den Bundeskanzler,
An den Bundesminister der Justiz,
An die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
An die Bundesinnenministerin,
An die Bundesaußenministerin,
An den Bundesrat,

An die Bundestagsausschüsse für Recht, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für
Angelegenheiten der Europäischen Union,

An die Medien

Berlin, 30. Oktober 2023

Offener Brief: EU-Gewaltschutzpaket ohne Schutz vor Vergewaltigung ist kein Gewaltschutzpaket

In der Europäischen Union steht die „Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ aktuell in den Trilog-Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Kommission und Rat. Am 9. Juni 2023 hat der Europäische Rat seine Position festgelegt, dabei kam es zu einer negativen Überraschung:

Die Mitgliedsstaaten – darunter auch die deutsche Bundesregierung – haben sich darauf geeinigt, den Artikel zu Vergewaltigung aus dem Kommissionsvorschlag zu streichen.

Das schockiert uns. Diese Richtlinie ist eine einzigartige und einmalige Möglichkeit, Vergewaltigung in der gesamten EU strafrechtlich zu verfolgen und (insbesondere) Frauen zu schützen. Das deutsche Recht stellt Vergewaltigung unter Strafe und hat dies in Übereinstimmung mit der sog. Istanbul-Konvention im Zuge der „Nein heißt Nein“-Reform jüngst noch gestärkt. Es sollte also kein Widerspruch sein, dasselbe in der Richtlinie zu unterstützen. Stattdessen beruft sich die Bundesregierung auf unionsrechtliche Bedenken. Sie gibt an, dass Vergewaltigung außerhalb des EU-Kompetenzrahmens stehe, obwohl „sexuelle Ausbeutung von Frauen“ explizit in [Art. 83 \(1\) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union](#) genannt wird. Wir sind daher der Auffassung, dass das Hauptgegenargument, welches ins Feld geführt wird, unhaltbar ist. Wir Frauen wissen nur zu gut, dass Vergewaltigung „sexuelle Ausbeutung“ ist (vgl. [Stellungnahme des Deutschen Juristinnenbunds](#)).

Vergewaltigung ist eines der schwersten Verbrechen gegenüber Frauen. Deshalb ist es mehr als unverständlich, dass Deutschland nicht offensiv die Aufnahme der Vergewaltigung in diese Richtlinie fordert.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihre Position offiziell ändert und aktiv fordert, dass Vergewaltigung als Tatbestand in das EU-Gewaltschutzpaket aufgenommen wird.

Deutschland muss sich [Belgien, Griechenland, Italien und Luxemburg](#) sowie der [EU-Kommission](#) anschließen, die sich aktiv dafür einsetzen, dass Vergewaltigung Teil des Paketes wird.

Auch der [Bundesrat](#) begrüßte bereits am 8. Juli 2022 ausdrücklich, „dass mit dem in Artikel 5 des Richtlinienvorschlages festgesteckten Rahmen für die Strafbarkeit einer Vergewaltigung ein umfassender Schutz des Rechtsguts der sexuellen Selbstbestimmung innerhalb der gesamten EU gewährleistet würde“ (Abs. 16, S. 5, Drucksache 131/22 (Beschluss)).

Auf europäischer Ebene gibt es inzwischen rund 100.000 Unterstützer*innen, die fordern, Vergewaltigung in die neue Richtlinie aufzunehmen. Wir haben das federführende Bundesministerium der Justiz gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend von der [Unterschriftenkampagne](#) der größten Lobby der Frauen in Europa, der [Europäischen Frauenlobby \(EWL\)](#) in Kenntnis gesetzt und werden die Unterschriften demnächst überreichen.

Ein geschlechtsspezifisches Gewaltschutzpaket, das Vergewaltigung nicht thematisiert, ist kein Gewaltschutzpaket.

Wir erwarten, dass Deutschland hier voran geht und fordern auch Sie auf: **Bekennen Sie sich zu einer gleichgestellten und gewaltfreien Gesellschaft.**

Gezeichnet:

Dr. Beate von Miquel, Vorsitzende **Deutscher Frauenrat**

Marion Böker, Geschäftsführender Vorstand **European Women's Lobby**, Vorstand International Alliance for Women

Lea Börgerding, Mitglied **European Women's Lobby – Observatory on Violence against Women**

AFZ - Autonomes Frauenzentrum Potsdam

AKF - Geschäftsstelle Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V.

Aktion Pink Deutschland e. V. - Corinna Saric, Geschäftsführender Vorstand

Anwältinnen ohne Grenzen e. V. - Jasmina Prpić, Gründerin

AWO Bundesverband e. V.

Berliner Frauenbund 1945 e.V. - Mechthild Rawert, Vorsitzende

Broken Rainbow e. V. - Dr. Constance Ohms, Vorstandsmitglied

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e. V. - Roland Hertel, Vorstandsvorsitzender

Business and Professional Women (BPW) Germany e. V. - Birte Siemonsen, Präsidentin

bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe – Frauen gegen Gewalt e. V. - Katharina Göpner, Geschäftsführung

Bundesverband Trans* e. V.

Bundesarbeitsgemeinschaft Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD) - Henny Engels

Business and Professional Women (BPW) Germany e. V. - Birte Siemonsen, Präsidentin

DaMigra e. V. - Dr. Delal Atmaca, Geschäftsführerin

Deutscher Juristinnenbund e.V. - Ursula Matthiessen-Kreuder, Präsidentin

Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V. - Kerstin Balkow, Prof.in Dr.in Susanne Gerner, Prof.in Dr.in Lotte Rose für die Sektion "Gender und Queer Studies in der Sozialen Arbeit"

Deutscher Frauenring e. V. (DFR) - Celeste Eden, Präsidiumsmitglied
Doctors for Choice Germany e. V. - Dr. Alicia Baier, Vorsitzende
EWMD Chapter Nord Hamburg e. V. - Andrea Isphording, Vize-Präsidentin
Forum Menschenrechte
Frauenhauskoordinierung e. V. - Heike Herold, Geschäftsführung
Frauenrat Saarland e. V. - Lisa Weber, Geschäftsführerin
Guttempler in Hamburg beim Landesfrauenrat Hamburg - Karin von Kamptz, Delegierte
Intergeschlechtliche Menschen e. V. - Charlotte Wunn, Vorstandsvorsitzende
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) und Mitglied Europäische Frauenlobby - Jennifer Menninger, Geschäftsführerin
Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. — ISL - Wiebke Schär und Alexander Ahrens, Geschäftsführung
kfd-Diözesanverband Hamburg e. V. - Bettina Jarck, Regionalsprecherin
Karin Saß, Mitglied im DFR Hamburg
KOK - Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e. V. - Sophia Wirsching, Geschäftsführerin
Landesfrauenrat Bremen - Bremer Frauenausschuss e. V. - Andrea Buchelt, Erste Vorsitzende
Landesfrauenrat Hamburg e. V. - Eva Burgdorf, Geschäftsführerin
LandesFrauenRat Hessen - Sigrid Isser, Vorsitzende
Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e. V. - Ulrike Bartel, Vorsitzende
LandesFrauenRat Schleswig-Holstein e. V. - Anke Homann, Vorsitzende
LIGA-Selbstvertretung - Prof. Dr. Sigrid Arnade, Sprecherin
MIA - Mütterinitiative für Alleinerziehende e. V. i.G. | Bundesgeschäftsstelle - Stefanie Ponikau, stv. Vorstandsvorsitzende
NETZWERK ARTIKEL 3 e. V. - Prof. Dr. Gisela Hermes, Vorstand
Politischer Runder Tisch der Frauen für Geschlechtergerechtigkeit (MV) - Heike Ponitka
Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg
ragazza e. V. - Prof. Dr. Kathrin Schrader, Vorstand
S.I.G.N.A.L. e. V. - Intervention im Gesundheitsbereich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt - Alice Mari Westphal, Vorstand
SkF e. V. Hamburg - Stefanie Kastell, Vertreterin des Vorstands
TERRE DES FEMMES e. V. - Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin
Ute von Wrangell, Delegierte von **GMEI** für die CEDAW-Allianz Deutschland
Weibernetz e. V. Bundesnetzwerk von FrauenLesben und Mädchen mit Beeinträchtigung - Brigitte Faber und Martina Puschke, Projektleitung
ZIF- Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser - Britta Schlichting, Vertretungsberechtigte

Kontakt:

Deutscher Frauenrat

kontakt@frauenrat.de

Fon: +49 30 204569-0